

Volks-Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Die 8 gesaltene 34 mm breite Millimeterweite oder deren Raum 70 Pf., Familien- u. kleine Anzeigen (proline) C Legenheitsanmeldungen 40 Pf. ...

für Halle monatlich bei wöchentlichem Auslieferung 7. - Vierteljährlich 21. - ...

Nr. 460.

Halle, Sonnabend, den 1. Oktober 1921.

Einzelpreis 30 Pf.

Zur Regierungsbildung im Reich.

Von Frau Ministerialrat Dr. Gertrud Bäumer, M. d. R.

Auf den vier Eckstufen des Reichstages wohnen seit dem 27. September, dem Tag der Wiedereröffnung, die schwarz-rot-goldenen Parteien. In den Wandelgängen sieht man viele schwarz-rot-goldene Abzeichen. Die innerpolitische Lage steht im Zeichen eines ersten wirklichen Fortschritts im Sinne der Forderung der deutschen Republik. Die Mehrheitsregierung, die seit dem Zusammentritt der Nationalversammlung die demokratische Politik als einzige Möglichkeit innerpolitischer Einigung vertreten hat, wird endlich, wahrheitsgemäß in den allerersten Tagen, die Schwelle der geschichtlichen Wirklichkeit überschreiten. Die Sozialdemokratie hat eingesehen, daß die Republik auf Widerstreitregierungen mit wechselnder und schwankender Vertrauensgrundlage nicht begründet werden kann ...

Zu wenn die Einheit, die diese Koalition zusammengeführt hat, die politische Kraft besitzt, sie zu erhalten. Diese Kraft aber wird sie nur in dem Maße haben, als sie nicht nur von Kompromissen, sondern von einem einheitlichen politischen Willen lebt. Das heißt, wenn man sich auf ihrer rechten und ihrer linken auch innerlich darauf einstellt, in erster Linie die staatlichen Voraussetzungen jeder erfolgreichen Politik, eine starke Wehrmacht und damit eine starke Regierung zu erhalten. Das behingt nicht Ueberzeugungswandel in irgend einem Teil der Koalition, aber Verwirklichung der Tatsache, daß eine Regierung unmöglich stark sein kann, deren verfassungsmäßige Grundlage von den Regierungsparteien selbst im Volk fortwährend diskreditiert werden. Wägt dieser Versuch an der Unüberbrückbarkeit politischer und wirtschaftlicher Gegensätze zusammen, dann haben wir eine Wahlperiode, an der unser Volk wieder und endgültig in zwei getrennte Parteien zerfallen muß. Und das ist der nationale Ruin in jedem Sinne.

Die neue Mehrheit muß leben. Daher ist die Erhaltung eines Kabinetts Wirth darüber kann gar kein Zweifel sein - Bedingung. Nicht einmal so sehr aus innerpolitischen Gründen. Der „Tempt“ hat sehr klar ausgeprochen, daß man zwar dem Kabinet Wirth einen ehrlicheren Erfüllungswillen zutraue als seinen Vorgängern, daß aber die Elemente sich hinsichtlich der Erfüllung nicht auf ihre eigenen Machtmittel und nicht auf die Beweismittel deutscher Regierungen verlassen werde - eine Bemerkung, die überflüssigerweise noch einmal ausdrückt, was die Erfahrung und der politische Realismus uns längst gelehrt haben: daß ein Reichkanzler als persona grata der Entente praktisch unserem Volke keine glückliche Befandlung sichert. Aber es ist keine Frage, daß innerpolitisch, trotz des anfänglichen Widerstandes der Deutschen Volkspartei, das Kabinet Wirth für das Zusammenkommen und Zusammenhalten die relativ besten Voraussetzungen bietet.

Auch trotz oder wegen der bayerischen Angelegenheit. Es geht über zu den Zugewandten, die man der menschlichen Reichspartei machen muß, daß man es erträgt, wenn zunächst jede Partei sich als Sieger fühlt. Die Hauptsache ist zurzeit nicht, ob in den Kampf des Unitarismus mit dem Föderalismus sich die Front grundsätzlich zugunsten des einen oder des anderen um eine Handbreite verschoben hat, sondern daß der Wille zu Zusammenhalten zweifelsfrei obliegt. In diesem Sinne darf man wohl sagen, daß die Reichsregierung, der an der Forderung der wirklichen inneren Einheit mehr gelegen sein muß, als an der Befriedigung von Prestigepunkten, einen Erfolg erringen hat.

Diese Forderung der staatlichen Grundlage des Reiches ist Bedingung, wenn nicht die Unhaltbarkeit der wirtschaftlichen Zustände alles zusammenreißen so. Die ganze Welt steht erschüttert vor dem Abgleiten der deutschen Welt. Unerschütterlich war die Erkenntnis auszusprechen, daß die deutsche Einigungsbewegung nur um den Raum der Weltwirtschaft weiter durchgeführt werden kann, und selbst die „Times“ weiß darauf nicht mehr viel zu sagen. Wohl George läßt die Fischgerichte um Stütz und verbringt

sein Wochenende mit dem Finanzfachverständigen, statt mit den Lächeln. In Newport allein sind eine halbe Million Arbeitslose, darunter 50 000 ehemalige Kriegsteilnehmer und 16 000 Seelen (während man in Hamburg einen beschäftigten Seemann vergeblich suchen würde). In Rotterdam schwellen die Lager der von Deutschland zu liefernden Kohlen zu Gebirgen, die der Entente Lagergeld kosten, ohne Aussicht, sie zu verkaufen oder zu verbrauchen. Wer bringt die wildlaufende Maschine wieder zum Gehörden?

Der Reichsverband der Deutschen Industrie hat einen starken Eindruck von der Kraft der deutschen Wirtschaftseligenschaft gegeben, aber er hat nur für eine Seite des Bilanzproblems eine positive Lösung in Aussicht gestellt. Es bleibt die Frage der Balancierung des Staats, die durch die Mitwirkung der Industrie bei der Reparationsleistung nicht gelöst, ja durch den Steueranfall infolge der Berechnung der Industriekredite mit neuen Fragezeichen versehen wird. Und vergleicht man das Tempo der Markterweiterung mit dem der Einbringung, Verabschiedung von Steueranfragen, so kann man an der Möglichkeit rechtzeitiger „Sanierung der Reichsfinanzen“ überhaupt verzweifeln.

Das einzige Attium der politischen Lage bleibt schließlich der in der Koalitionsbildung zum Ausdruck kommende Wille, ihr Substanzial und dem vom wirtschaftlichen Umwetter bedrohten Schiff eine starke und festsichere Steuerkraft zu geben.

Ungünstige Ausichten.

N. Die Aussichten für die Umbildung der Reichsregierung und für eine Verbreiterung der Koalition werden immer geringer, je länger darüber verhandelt wird. Auch die nach der Erklärung des Göttinger Parteitages und der Rede Stresemanns in Lüdenscheid anfangs optimistische Grundstimmung ist die Verminderung der Aussichten auf Einigung zwischen der Deutschen Volkspartei und den Sozialdemokraten in der Haltung der Sozialdemokraten zu sehen ist, die von der D. V. weitgehende Garantien für ihre Haltung im künftigen Kabinet zu erhalten besteht ist, laßt die Presse der D. V. den Tatbestand zu vergrößern und als ein wesentlichen Moment der Störung die geistige Rede des Reichskanzlers hinzuzufügen, auf dessen Sturz die D. V. ansetzeln immer noch hofft. Das Ergebnis der Fraktionsbesprechungen ist bisher nur von der Sozialdemokratischen Partei und dem Zentrum bekanntgegeben worden, die ihren Standpunkt in je einer Erklärung zusammenfassen.

Die Sozialdemokraten stellen folgende drei Punkte als wesentlich auf:

1. Zu einer Gesamtdemission des Kabinetts Wirth ist keine Veranlassung. Es kann sich bei der eventuellen Erneuerung der Regierung vielmehr nur um eine Umbildung des Kabinetts Wirth handeln.
2. Bevor die Umbildung der Regierung vorgenommen wird, muß eine Einigung über den Inhalt des Sozialdemokratischen Programms erzielt sein, der die Stellung der Regierung zur demokratisch-republikanischen Staatsform und der zum Schutze der Republik zu ergreifenden Maßnahmen klarlegt.
3. Eine Entschädigung über die eventuelle Umbildung der Regierung kann die Fraktion erst fällen, wenn das gesamte Steuerprogramm vorliegt und so die Gestaltung der vorgeschlagenen Besteuerung, sowie der besonderen Leistungen des Volkes zu erleben ist.

Die Fraktion beschloß weiter, an den Vorstand der U. S. V. D. heranzutreten, um festzustellen, ob und unter welchen Bedingungen diese eventuell bereit sei, in die Reichs- und preussische Regierung einzutreten.

Der Punkt 2 dieses Programms für die Umbildung der Regierung ist der wesentlichste. Durch ihn soll das Programm der neuen Regierung festgelegt werden, ehe sie gebildet wird. Man kann wohl, ohne das Risiko eines Irrtums einzusehen, sagen, daß die Volkspartei eine derartige Bindung und Festlegung der von ihr zu stellenden Regierungsmitteln nicht gutheissen wird, und daß sich die Volkspartei an der Regierungsumbildung nicht beteiligen wird, solange die Sozialdemokraten an diesem Punkt 2 ihres Programms festhalten. Die Sozialdemokraten rechnen damit übereinstimmend, denn ihre Absicht, an die U. S. V. D. heranzutreten, läßt darauf schließen, daß sie mit der Möglichkeit rechnet, die Koalition nach links zu verbreitern, falls die Volkspartei sich von der Regierung ausschließen sollte. Aus allem ergibt sich, daß die Aussichten einer Teilnahme der D. V. an der Regierung auf ein Minimum gesunken sind, wozu auch die geistige Rede Scheidemanns im Reichstag ihre beigetragen hat.

Das Zentrum hat seinen Standpunkt in einer ziemlich inhaltlichen Erklärung bekanntgegeben, in der es die Politik des Reichskanzlers billigt und ihm erneut ihr Vertrauen ausdrückt. Es heißt in der Erklärung weiter: In der Ueberzeugung, daß nur ehrlicher Erfüllungswille unser Vaterland vor schlimmstem Unheil retten kann, unterstützen wir die Reichsregierung in ihrem Bestreben, die durch den Verfall der Gewaltverhältnisse und des Ultimatum dem deutschen Volke auferlegenen Verpflichtungen bis zur Grenze des Möglichen zu erfüllen. Als unauflösbare Voraussetzung der Einigung unserer innen- und außenpolitischen Verhältnisse betrachten wir eine starke und selbstbewusste Politik

der Mitte auf freier Grundlage. In dem Schutze und der Hilfe der deutschen Kulturwelt erlöst sie nach wie vor ihre nennenswerte Aufgabe.

Die Lage ist aber augenblicklich vercomplicierter denn je, zumal auch in der Frage der Steuerreform eine Einigung zwischen den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie nicht erzielt werden konnte. Die persönlichen Beziehungen über die Kabinettsbildung sind seit gestern Nachmittag nicht mehr weiter fortgeschritten worden, und man macht daher in parlamentarischen Kreisen, daß mit der voraussichtlichen Vertagung des Reichstages auf den 28. Oktober auch die Frage der Umbildung der Regierung bis auf Ende Oktober, wenn nicht noch bis auf spätere Zeit verschoben werden wird.

In der gestrigen Sitzung des Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei in Berlin haben die Funktionäre zum Koalitionsbeschlusse Stellung genommen. Es gelangte im Zweitrittlichkeit ein Antrag zur Annahme, der eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei nicht ablehnt. Eine Revolution stempelt Heimig, die im Stiller Reichstag grundrätlich anerkannt und im übrigen dem Kabinet und freie Hand lassen will, wurde mit Dreifünftelmehrheit abgelehnt.

Die nächste Reparationszahlung gedeckt.

Amlich wird mitgeteilt: Im Verlaufe der Sitzungen, welche das Garantie-Komitee während der ersten drei Tage der Woche mit den Vertretern der deutschen Regierung abgehalten hat, hat das Komitee insbesondere die Frage hinsichtlich der deutschen Zahlung am 15. November zu leistenden nächsten Zahlung geprüft; diese Zahlung stellt die erste Quartalsrate der Ausfuhrerhöhung entgeltlich festzulegen ist. Werden die seit dem 1. Mai 1921 bereits gemachten und die bis Ende Oktober noch auszuführenden Garantieleistungen sowie der Betrag der Abgabe berücksichtigt, ist in gewissen alliierten Ländern trotz des Recovery Act oder analoger gesetzlicher Bestimmungen von der deutschen Ausfuhr erhoben wird, so ergibt sich, daß die nächste Rate vom 15. November gedeckt ist, ohne das es erforderlich ist, zu dem Mittel neuer Darlehensnahmen zu greifen. Das Garantie-Komitee erklärt eine gleiche offizielle Mitteilung.

Die neue Verordnung des Reichspräsidenten.

Das Reichsgeheimrat veröffentlicht die neue Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze der Republik (vom 28. September 1921), die an die Stelle der Verordnungen vom 29. und 30. August 1921 tritt. Sie ist vom Reichspräsidenten, dem Reichskanzler Dr. Wirth und vom Reichsminister des Innern Grunauer unterzeichnet und hat im wesentlichen nur eine Veränderung gegenüber der früheren zu verzeichnen: An Stelle der Zuständigkeit des Reichsministers des Innern für Verbote von Zeitungen, Versammlungen, Aufzügen und Kundgebungen ist die Zuständigkeit der Landeszentralbehörden festgelegt. Die neue Verordnung bringt noch eine materielle Erweiterung, indem auch die Aufforderung oder Anweisung zu Gewalttaten gegen Personen des öffentlichen Lebens unter Strafe gestellt wird.

Aus Anlaß der erfolgten Neuaufnahme der bekannten Verordnung zum Schutze der Republik hat der Verein deutscher Zeitungsverleger (Verbandsverband der deutschen Tageszeitungen) beim Reichsrat und Reichsminister des Innern beantragt, für eine beschleunigte Entscheidung des Reichspräsidenten für die Zeitungsverbote in Falle der Beschränkung über erfolgte Zeitungsverbote Sorge zu tragen, da bei längerer Herausziehung der Entschcheidung des Reichspräsidenten die Beschränkung mehr oder weniger wertlos werde.

Leichenfelds Programm.

In der bereits angeführten Rede des bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Leichenfelds führte dieser u. a. aus:

Es handelt sich bei dem Streit zwischen dem Föderalismus und Unitarismus nicht um die Einheit des deutschen Volkes, diese Rede auch für jeden Föderalisten außer Frage. Wir Föderalisten, sagte der Redner, sind fest überzeugt, daß die Einheit des deutschen Volkes nicht nur in der Gegenwart, sondern auch in der absehbarsten Zukunft nicht in einem unitarischen, sondern einem föderalistischen Reiche gewährleistet und zu größerer Leistungsfähigkeit geformt wird. Wenn auch anguerkennen ist, daß sich schon Bismarcks zentralistische Tendenzen bemerkbar gemacht hätten, so sei doch die Tatsache festzustellen, daß die Entwicklung zwangsmäßig unterbrochen sei und notwendige Entwicklungsstadien übergangen worden seien. Er liege ganz auf dem Standpunkt, daß die Anforderungen eines Anders zu gehen und zu achten seien. Man dürfe nicht gegen einen Stand regieren und diesen Stand unterdrücken. Er wolle haben, daß sich alle Stände,

auch die Arbeiter, an den Aufgaben des Staates mit eigener Verantwortlichkeit beteiligen. Nur so könnten sie erkennen, daß man nicht alles mit Theorien machen könne, sondern daß nur die Praxis zähle, was möglich, was erreichbar und was erreichbar ist. Wenn in dieser Beziehung die Arbeiterklasse in voller Verantwortlichkeit im Staatsleben stehe, so brauche sie keine Angst zu haben, daß diese Macht mißbraucht würde. Keine Zweifel aber möchte er darüber lassen, daß von dem sozialistischen Marxismus die Auflösung einer Klasse Scheitern ließe und daß zwischen beiden Auffassungen kein Kompromiß möglich sei. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß in die politischen Auseinandersetzungen kein Nachdruck und daß hinübergebracht werden solle. An die Stelle der politischen Auffassung lege er die Frage der organischen Entwicklung und der Förderung des sittlichen Willens.

Die Devisenspekulation.

Berlin, 30. September.

Der starke Aufschwung ausländischer Zahlungsmittel an den deutschen Börsen scheint nun doch zu einer gewissen Unsicherheit geführt zu haben. Während noch vorgerufen in Berlin der Dollar mit 132 gehandelt wurde, erfuhr er gestern eine wachsende Abwärtsbewegung. Um 9 Uhr morgens wurde er mit 123 gehandelt, um 11 Uhr zahlte man noch 127, um 12 Uhr 125, und um 1 Uhr 123. Wenn auch schließlich eine letzte Besserung eintrat, so steht doch die merkliche Abwärtsbewegung von gestern gegenüber dem Vortage unbestreitbar fest.

Es ist wohl möglich, daß die Mitteilung des Wiederanbauamministers in München, nach der der Vorstand des Reichsbankens der deutschen Industrie die Übernahme einer Garantie für das Reich beschließen hat, etwas einwirkend auf die Spekulation wirkte. In noch höherer Maße sollte das eigenlich die Tatsache sein, daß die nächsten Zahlungen in Sachleistungen getätigt werden. Und wurde durch die falsche Behauptung, daß die Reichsbank überall nach Zahlungsmitteln suche, hat die Spekulation unsere Markt so sehr erschüttert. Dem gegenüber ist festzuhalten, daß das Reich in jüngster Zeit nicht als Käufer auf dem Devisenmarkt aufgetreten ist, und da an dem Gelingen der großen Goldentlastung der Zukunft nicht zu zweifeln ist, so dürfte auch in nächster Zeit vom Reich her kaum in Sachen nach ausländischen Zahlungsmitteln erfolgen. Entsprechend ist natürlich für eine dauernde Besserung der Markt das Verhalten der Gegner. Jener Unbehalt, aus dem deutschen Volke Unmuthiges herauszupressen. läßt die Spekulation des Wirtschaftskreisles ihr dummerliches Gewerbe mit besonderer Eile treiben. So hätte notwendig die Industrie und der solide deutsche Kaufmann ausländischer Devisen für ihre Zahlungen bedürftig, so wenig berechtigt ist es, wenn gewerbsmäßige Spekulationen ausländische Zahlungsmittel aufkaufen, in der Hoffnung, sie dem Reich bei nächster Gelegenheit mit gewaltigem Aufschlage weiter zu verkaufen.

Neue Verhandlungen über die letzte Frage.

Lond George hat an de Valera ein Schreiben gerichtet, in dem er ihn zu einer neuen Konferenz einladet. In dem Schreiben heißt es: „Mit dem weiteren Austausch von Erklärungen und Mitteilungen ist meinem Zweck gewidmet. Die von der Regierung eingenommene Haltung ist die Grundlage für den Bestand des britischen Reiches und kann von ihr nicht geändert werden. Meine Kollegen und ich sind jedoch weiter ernstlich bemüht, im Zusammenwirken mit Ihren Mitglieedern einen neuen Versuch zu machen, jede Mängelheit einer Regelung durch persönliche Erörterung zu erledigen.“

Steuer-Kuriosa

mitgeteilt von

Alexander Moskowskii.

(Nachdruck verboten.)

Es mag wenig Leute geben, deren Steuererklärung als ein humoristisches Dokument die Zeiten überdauert. Und es muß einer schon bei Begehren sehr beruht sein, um sich den Behörden gegenüber in so erster Angelegenheit einen kräftigen und sogar salzigen Spaß leisten zu dürfen. Der Mann, von dem hier die Rede ist, der italienische Maler Sodoma, gehört in der Tat in das Pantheon der Ganggrosen. Seine Hauptbeschäftigung, die sich in Siena befinden, wettstreit an Schönheit der Komposition mit den Meisterwerken des Leonardo da Vinci. Ja, nach dem Zeugnis des fünfzigjährigen Biographen Valari tritt man sogar in Italien darüber, wenn der Vortrag gläubig, ob dem Raffael oder dem Sodoma. Der nämliche Grodowman ergänzt aber seine Mitteilung dadurch, daß er Sodoma als einen „Rechtster“ bezeichnet, der mit seinen Besitzen und Hoffen viel Zeit verlor. Mit dem Behagen hat es seine Wichtigkeit: Der Maler ließ Verden im Wert von mehreren Millionen, hielt sich eine Menagerie und schlug nebenbei im Punkte der Steuerehrlichkeit mehrfach über die Stränge. Dies muß vorausgesetzt werden zum Verständnis des Dokumentes, das hier in geringster Weise, sonst aber in garantierter wörtlicher Genauigkeit wiedergegeben werden soll.

Sodomas zur Steuererklärung abgegebene Vermögenserklärung vom Jahre 1531 lautet so: „Ich, Herr Johann Sodoma, Vordirektor meines Reichens, bringe auch zur Kenntnis, was alles ich meine eigenen nenne und wie groß mein Reichtum ist. Ich erhebe also habe ich einen Garten an „Fonte nuovo“ von 12

Wir sind der Ansicht, daß eine Konferenz und nicht eine Korrespondenz der praktische und auch streichliche Weg zum Frieden sei, den wir zu erreichen wünschen. Wir senden Ihnen daher neuerdings eine Einladung zu einer Konferenz, die am 11. Oktober in London stattfinden soll. Das Schreiben Lord Georges an de Valera hat in Dublin einen günstigen Eindruck gemacht. De Valera hat die Einladung Lord Georges zu einer Konferenz angenommen.“

Deutsches Reich.

Die Vorwürferklärung gegen den Präsidenten der Handelskammer, Hahardt, nimmt ihren Fortgang mit der Vernehmung zahlreicher Zeugen. Was den Sohn des Betroffenen an der Spitze, so ist die gegen anderen Mitangeklagten nicht flüchtig, jedoch hat die Staatsanwaltschaft jetzt aus gegen ihn wegen Mordverdachts und wegen angeblicher Mitalitätät einen Haftbefehl erlassen.

Die 28. Generalversammlung des Bundes deutscher Bodenreformer wurde gestern in der Universität in Breslau eröffnet. Im Namen der Reichsregierung begrüßte Ministerialrat Krueger vom Reichsarbeitsministerium die Tagung. Er leitete mit, daß in einer Besprechung beim Reichsarbeitsminister, an der auch der preussische Ministerpräsident und der Landwirtschaftsminister teilnahmen, ein grundsätzlicher Lehrereinstimmten dahin erzielte wurde, daß für die Erleichterung einer bei den Erbschaftssteuerungsaktion in Angriff genommen und ein gemeinsames Siedlungsunternehmen gegründet werden soll.

Deutsche Rückwanderer aus dem russischen Hungergebiet sind in den letzten Tagen aus Petersburg mit dem Dampfer „Aler“ in Ewinemünde eingetroffen. Die Organisation der Rückwanderung war von dem deutschen „Roten Kreuz“ eingeleitet und durchgeführt worden. Die Rückwanderung war hauptsächlich veranlaßt durch die sich immer schwieriger gestaltenden wirtschaftlichen Verhältnisse in Rußland.

Die neuen Vorstände der kommunistischen Reichstagsfraktion, die nach dem Austritt von Hoffmann und Dämig noch 18 Mitglieder zählt, sind die beiden Abgeordneten Bark und Roemer geworden. Vor einer Massenversammlung der Berliner Gewerkschaften und dem Gewerkschaftsbund bisher noch nicht zu einer Einigung kommen konnte, dürfte es wohl aller Wahrscheinlichkeit nach am 1. Okt. zu einer Massenversammlung von Berliner Gewerkschaften kommen, von der ungefähr 10 000 Kellner betroffen werden.

Die Kund als Spezialität. Aus Oberbayern wird dem „Deutschen Tageblatt“ mitgeteilt: Ehe die Abstimmung erfolgte, hat die Kund mit seinen französischen Freunden polnische Geld sowie obersteilische Spezialitäten in Millionen aufgetan, in der Hoffnung, daß die Abstimmung im polnischen Sinne ausfallen und die polnische Markt steigen würde.

Auslands-Rundschau.

Die Entscheidung über Albanien.

Der Völkerverbund hat Italien das Mandat, d. h. die Oberaufsicht über das „selbständige“ Reich Albanien zu übernehmen, als der an ihm meistverliehenen Wahl. Da zugleich die Nachricht kommt, daß die Serben Truppen bei Skutari zusammenziehen, um dort einzusetzen, werden die starken Gegenkräfte zwischen Italien und Serbien eine weitere Verfestigung erfragen.

Der zweite Internationale Kongress der Arbeiter aller Länder wurde gestern in Wien eröffnet. Nach Begrüßungsansprachen übernahm Henri Barbusse den Vorsitz.

Gegen die Verwendung schwarzer Truppen. In Holland hat sich ein Komitee gebildet, das gegen die Verwendung farbiger Truppen bei der Bekämpfung arabischer Staaten protestiert. Da Frankreich beabsichtigt, um die Abrüstung Italiens

und andere Leute ernten... In meinem Stalle stehen acht Pferde, die Leute nennen sie nicht anders als meine Vämmer, und mich den Viehhammel. Ferner besitze ich einen Affen; dazu einen Raben, der sprechen kann, lepiieren nur aus dem Grunde, damit er einem Fiel von Theologen, der im Kloster eingesperrt gehalten wird, das Reden beibringe.

Uebrigens habe ich eine Ente, um Dopen gruselt zu machen, zwei Frauen, zwei Hunde, zwei Katzen, Sperber und andere Raubvögel, sechs Ziegen und achtzehn Küchlein, zwei maurische Säbner und noch viele andere Vögel, die aufzu zählen, nur verwirren könnte.

Hatt hätte ich das Wichtigste vergessen: drei sehr schöne, böse Weiber — meine drei Frauennimmer. Endlich besitze ich noch dreißig erwachsene Kinder, und Gneze Erzählen müssen mir wohl zeigen, daß ich es in dieser Beziehung mit jedem Großgrundbesitzer aufnehmen kann. Wer nur Vater von zwölf Kindern ist, der darf nach dem Gemeindefrat nicht zu den Kommunalabgaben herangezogen werden. Damit will ich mich Euch denn zu Gnaden empfehlen haben. Lebet wohl! Sodoma.“

— Wer etwa heute auf den Gedanken verfiel, sei der nächsten Vermögenserklärung dieses nun bald 40-jährige Modell zum Vater zu nehmen, der könnte sich wohl auf einige beherrschliche „Nachfragen“ und Benachteiligungen gefaßt machen. Wahrscheinlich läme auch ein angemeinere Strafmaß wegen großer Ungebühr in Betracht.

Ein anderes Kuriozum führt in die Glänze des seligen Rabbi Ben Aliba. Wiederm handelt es sich um ein Schriftstück, in dem das Steuermotiv vernehmbar wird. Stil und Orthographie verraten ein ansehnliches Alter, während im Inhalt Abfolge aus der neuesten Aktualität ausgeht. Es lautet: „Hier zitiere ein Fragment: „Das meiste Geld der Reiparationen geht in unwürdige Hände. Denn bald scheint die Banco des Landes einigen nicht jeder genug, bald finden andere anderer Ursachen, warum sie Weiden tragen, die Wichtigkeit ihres Reichthums einsehen zu lassen, bald wollen andere an alle Fälle einen Theil ihres Vermögens außerhalb Landes in Sicherheit haben; und so finden sich hunderterey Bewegungsgründe, warum Pri-

zu machen, eine schwarze Armee von 300 000 Mann aufzustellen, mit es eines energischen Druckes bedürfen, um mit der schwarzen Schmach endlich aufzuräumen.“

Reichspostbeamtentag.

Dieser Tage fand die zweite Väterversammlung des 33. Verbandstages des Verbandes Deutscher Post- und Telegraphenbeamten in Berlin statt. Einleitend gedachte der Verbandstagsleiter, Ober Postsekretär Gencel, der Opfer der ungeheuren Katastrophe in Lwow, unter denen sich vermutlich auch Postbeamte befinden, und sprach namens des Verbandstages, der sich von den Vätern erhoben hatte, allen Betroffenen das herzlichste Mitgefühl aus.

Der Verbandstag beschäftigte sich sodann in der Hauptsache mit geschäftlichen und organisatorischen Fragen, wie sie in einer großen Anzahl von Anträgen zur Beratung standen. Der Geschäftsbericht des Verbandes für 1921/22 wurde genehmigt und dem Verbandsvorstand einstimmig Entlastung erteilt. Ebenso wurde der vorliegende, in Entwurf und Ausgabe mit 21. Millionen ab sichende Haushaltsplan für 1922 mit geringfügigen Änderungen angenommen. Im weiteren wurde eine Reihe von Satzungsänderungen des Verbandes, d. h. d. V. z. i. k. o. g. n. i. t. t. n. in der Brand- und Einbruchversicherung des Verbandes vorgenommen und der Vertrag mit dem Syndikat des Verbandes, Bürgermeister A. D. Walger, genehmigt. Der Verbandstag lehnte die Einrichtung eines Erholungsheimes in Worlichow sowie die Schaffung einer Wohnsitzkassette der Postverwaltung zugunsten der bereits bestehenden sozialen Verbände ab. Eine längere Aussprache entwickelte sich bei der Frage der Schaffung eines besonderen Gruppenausfluges für einmal geprüfte Beamte mit einer Fachprüfung; von der Einrichtung eines solchen Ausfluges wurde abgesehen. An Stelle des bisherigen Sozialen Verbandes wurde ein Verbandsvorstand zur Mitberatung des Verbandsvorstandes und zur Entscheidung in wichtigen Angelegenheiten ernannt.

Zu der Nachmittags Sitzung waren der Reichspostminister Siebels mit Ober Postsekretär Jiegela, sowie das Ehrenmitglied des Verbandes Grebe (Duisburg) erschienen. Nach dem Berichte des Berichterstatters zur Regionalreformfrage nahm Minister Siebels das Wort zu einer Ansprache, in der er den Vortruss unzulänglicher Vertretung der Forderungen der Postbeamtenhaft als unzureichend beurteilte und im weiteren unter lebhaftem Beifall erklärte, bei voller Berücksichtigung der überaus schwierigen Lage des Reichs nach wie vor für die Interessen seiner Beamtenhaft eine wirksame zu wollen. Hierbei las er sich von der Tatsache nieder, daß die Interessen der Allgemeinheit eine zureichende und ausreichende Beamtenhaft in jeder Richtung bedingten. Einmütig nahm der Verbandstag eine Entschließung an, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß sowohl die Beforderngsordnung wie auch die bevorstehende Personalreform den Erwartungen der Beamten des mittleren Einkommens nicht gerecht wird, und in der folgende hauptsächlichste Forderungen angeführt werden: Einführung des Dreiklassenvertrages, der ein Militärkommissar-Sekretär nach fünfjähriger Dienstzeit von Gruppe VI nach VII, aber zweimal geprüften Beamten nach Gruppe VII, erste namhafte Anstellung der vorhandenen Praktizanten in Gruppe VII, Verbelegung der in den beiden Hauptgruppen gestellten Anordnungen auf das bei anderen Verwaltungen übliche Maß, Vernehmung der Beförderungsstellen für mittlere Beamte in Gruppe X und XI, Befreiung der zweiten Hauptgruppe oder mindestens ihre Verlegung hinter Gruppe VII, Beförderungsstellen für die technischen

vituperieren ihr Geld lieber in auswärtigen Länden haben wollen. Wobei diesen Ausgang des Geldes hab an allerhöchsten Mittel ausfindig zu machen, dem diejenigen, welche auf dergleichen Vorrecht verfallen, sind geneigt, sich an angesehene und mächtige Personen, daß sie solche Maßregeln zu ergreifen wissen, die die Sache gänzlich verdrängen und sie selten festhalten lassen. Die beste Gegenmaßnahme ist, daß die Regierung in allen Ständen gut, weise und gerecht ist.“

Dieses Bruchstück mit keinem Zweifel auf das moderne Thema der Kapitalistik kommt aus dem Jahre 1758. Sein Verfasser hieß J. h. n. d. i. n. t. i. c. h. Goulov von Juit, und dessen große Abhandlung trägt den Titel „Vergleich Verträge Bernhardi und hoch Weisheit.“ Sie bietet uns eine kurze Befähigung der Weltregel: Alles schon dagewesen!

Statistik über Promotionen. Die Gesamtzahl der im Studienjahre vom 1. April 1919 bis Ende März 1920 an den preussischen Universitäten Promovierten (rite) betrug 2449. Nach dem letzten erschienenen Handbuch der Preussischen Unterrichtsverwaltung weist die Universitäts-Bericht die meisten Promotionen auf, nämlich 557, es folgen Greifswald mit 416, Bonn mit 213, Kiel mit 200, Breslau mit 159, Marburg mit 186, Göttingen mit 162, Münster und Frankfurt a. M. mit je 138, Königsberg mit 112, Halle mit 71, und Köln mit 52. In den einzelnen Fakultäten promovierte: in den juristischen Fakultäten 117, in den philosophischen Fakultäten 83, in den theologischen Fakultäten 8, in den juristischen Fakultäten 539 (darunter 230 in Berlin, 151 in Bonn, 95 in Kiel, 92 in Greifswald, 85 in Göttingen und 83 in Breslau), schließlich in den philosophischen Fakultäten 615 und in den wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultäten 52 (davon 40 in Frankfurt und 12 in Köln). In der gleichen Zeit haben 35 Ehrenpromotionen stattgefunden, und zwar 23 in den juristischen, 7 in den philosophischen, und 4 in den wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultäten.